Nr. 183 XXI. Jahrgang

Sonntag, 6. August 1922

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 20 mm breit M. 9.–, für auswärts M. 12.–, für das Ausland M. 40.–. Reklamezeile 45 mm breit M. 40.–, für auswärts M. 45.–, für das Ausland M. 50.–. Ziffern- oder Auskunftsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Auskunftsanzeigen M. 3.–. Preisermäßigung lt. Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 45.–, vierteljährlich M. 135.–. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 45.– frei ins Haus. Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 20.–, nach dem Auslande wöchentlich M. 30.–. Einzelnummer M. 3.–

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 23541, 23555, 26677 und 26703 • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nicht verlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Eine letzte deutsche Note

Das französische Ultimatum läuft ab — Ausweisung von Deutschen in Frankreich und Konfiszierung des Vermögens geplant — Ein belgischer Vermittlungsplan für die Konferenz von London

Wortlaut der deutschen Antwortnote

WTB. Berlin, 5. August. (Amtlich.) Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet:

Herr Ministerpräsident!

Ew. Exzellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen. Die Reparationskommission hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit Schreiben vom 18. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen wird. Die Königlich Großbritannische Regierung hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den andern beteiligten Mächten zu erörtern und der deutschen Regierung eine Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die Königlich belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auch über diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationszahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefl. Kenntnis Ew. Exzellenz beizufügen.

Die deutsche Regierung kann demnach annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 18. Juli 1922 in Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Aeußerung zu der Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders eingehen.

Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Aenderung des Verrechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen. Ew. Exzellenz bezeichnen die in Ihrer Note vom 26. Juli angekündigten Maßnahmen nunmehr als Retorsionsmaßnahmen. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses fristlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debetsalden wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen und der Liquidation des deutschen Eigentums.

Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen widerstreben, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist. Seit Ew. Exzellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlich der Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

gez. Wirth.

*

Belgien will vermitteln

Ein Kompromißplan Theunis

Paris, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps" soll der belgische Ministerpräsident Theunis auch diesmal wieder beabsichtigen, zwischen den Alliierten als Vermittler aufzutreten, um eine Einigungsbasis zu schaffen. Theunis will in London einen Kompromißvorschlag unterbreiten, auf dessen Basis, wie er erklärt, die Alliierten sich über eine deutsche Außenanleihe, die Annullierung der interalliierten Schulden und die Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld einigen könnten, umsoeher, als darin auch die für die Gesundung der deutschen Finanzen nötigen Kontrollmaßnahmen nicht vergessen seien. In Brüsseler Regierungskreisen soll man der Meinung Ausdruck geben, die Balfour-Note dürfte nicht unterschätzt werden. Sie lasse die Tür zu Verhandlungen über die Schuldenstreichung offen, und sei deshalb geeignet, zu einer Entspannung unter den Alliierten beizutragen. Man erwartet ebenfalls, daß in London die französisch-belgischen Meinungsverschiedenheiten über die Auffassung der deutschen Kompensationsleistungen durch eine persönliche Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten beigelegt werden könnten.

*

Nervöse Stimmung in Berlin

B. Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) In politisch-parlamentarischen Kreisen sieht man mit einer gewissen nervösen Spannung dem heutigen Tage entgegen. Es fehlt nach wie vor an Anhaltspunkten, um zu beurteilen, wie Poincaré sich heute nach der 12. Mittagsstunde einzurichten gedenkt. Denn an diesem Zeitpunkte läuft das von ihm gestellte Ultimatum ab. Auch an maßgebender Stelle herrschte gestern in später Abendstunde noch vollkommen Ungewißheit über die französischen Absichten, die der französische Ministerpräsident in ein so undurchdringliches Dunkel zu hüllen verstanden hat, daß selbst das raffinierte Geschick der Pariser Journalisten es bislang nicht zu lichten vermochte. Dessenungeachtet hat die Reichsregierung, um kein Mittel unversucht zu lassen, sich entschlossen, kurz vor Ablauf des Ultimatums in Paris nochmals Vorstellungen zu erheben. Ob die deutsche Antwortnote, die wohl das ultimative Ansinnen der französischen Regierung erneut ablehnt, nicht doch

in einzelnen Wendungen der deutschen Note eine gewisse Nachgiebigkeit

erkennen läßt, wird sich erst einwandfrei feststellen lassen, wenn der genaue Wortlaut vorliegt, dessen Veröffentlichung heute mittag zu erwarten steht. In Regierungskreisen gibt man sich über den möglichen Erfolg des Schrittes keinerlei übertriebenen Erwartungen hin. Ist Poincaré wirklich gewillt, für die bevorstehenden Londoner Verhandlungen eine Atmosphäre zu schaffen, die einer im Sinne des übrigen Europa vernünftigen Regelung des Reparationsproblems schädlich sein muß, so wird er sich durch einen deutschen Einspruch von seinem Plan nicht abhalten lassen. Aber selbst in dem für uns günstigsten Falle, daß Poincaré seine Maßregeln vorläufig nicht in Kraft treten lassen sollte, sieht man den Londoner Verhandlungen in Berlin doch mit weit größerem Pessimismus entgegen, als etwa seinerzeit der Konferenz von Genua. Man befürchtet eine Wiederholung des alten, oft gesehenen Schauspiels. Es ist sehr leicht möglich, daß England trotz der schönen Reden Lloyd Georges und Sir Robert Hornes im Unterhause letzten Endes doch wieder den französischen Einflüssen unterliegt und es zu einer französisch-englischen Verständigung auf Kosten Deutschlands kommt. Frank Vanderlip hat es offen ausgesprochen: England hat Angst vor den französischen Bajonetten. In der Tat hält man in unterrichteten Kreisen Englands Weltmachtstellung — zum Unheil Deutschlands und des übrigen Europas — nicht für so gesichert, daß man es in London auf einen Bruch mit Frankreich ankommen lassen könnte. Die einzige Hoffnung, die man in hiesigen politischen Kreisen hegt, stützt sich darauf, daß vielleicht diesmal die übrigen Teilnehmer an der Konferenz, besonders Italien, den englischen Standpunkt in etwas stärkerem Maße gegen die französische Unerbittlichkeit unterstützen werden, als es auf den bisherigen Konferenzen der Fall gewesen ist. Ueber den

Inhalt der deutschen Antwortnote

weiß die „Vossische Zeitung" folgende Einzelheiten zu berichten: Die deutsche Regierung stellt zunächst fest, daß die englische und die belgische Regierung das deutsche Ersuchen vom 14. Juli um eine Ermäßigung der monatlichen Ausgleichszahlungen von 2 000 000 auf 500 000 Pfd. Sterl. noch nicht erledigt habe. Es sei also noch die Möglichkeit vorhanden, daß hinsichtlich der Ausgleichszahlungen bis zum nächsten Termin, dem 15. August, durch ein Einvernehmen der Alliierten untereinander und der Alliierten mit Deutschland eine einheitliche Neuregelung stattfindet. Sollte das aber bis dahin nicht geschehen, dann würde die deutsche Regierung bis zum Zustandekommen eines solchen Einvernehmens hinsichtlich der Ausgleichsrate vom 15. August die größten Anstrengungen im Rahmen des Möglichen machen. In diesem Zusammenhang verweist die Note nochmals auf die außerordentliche Entwertung der Mark, die die Beschaffung von Devisen fast ausschließe. Es könne der deutschen Regierung unmöglich zugemutet werden, angesichts dieses Standes der Mark die Differenz zwischen dem Vorkriegskurs der Auslandsvaluten und dem gegenwärtigen Kurs zu tragen. Die deutsche Note geht auch auf die Drohung des französischen Ministerpräsidenten mit Sanktionen ein und führt den Nachweis, daß der Versailler Friedensvertrag für derartige Maßnahmen keine Handhabe biete, insonderheit nicht für eine einseitige Maßnahme der französischen Regierung. Es stehe den Alliierten lediglich das Recht zu, das Abkommen mit Deutschland über die Ausgleichszahlungen zu kündigen und dadurch auf den Boden des Versailler Vertrags zurückzukehren. Der Versailler Vertrag gebe den Alliierten lediglich das Recht, die Guthaben aus der Liquidation deutschen Eigentums im ehemals feindlichen Ausland zu beschlagnahmen, darüber hinaus aber kein Recht zu Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher oder politischer Art gegen Deutschland.

Scheiterhaufen

Heute mittag 12 Uhr läuft das Ultimatum der letzten französischen Note ab, die mit dem sofortigen Beginn von Vergeltungsmaßregeln droht für den Fall, daß die deutsche Regierung sich bis dahin nicht verpflichtet hat, am 15. August 40 Millionen Goldmark zu zahlen. Eine derartige Verpflichtung war für Deutschland natürlich unmöglich aus dem simplen, aber entscheidenden Grunde, daß einfach 40 Millionen Goldmark zur Zeit von der Regierung nicht beschafft werden können. Obwohl eine weitere Auseinandersetzung unter diesen Umständen eigentlich gänzlich unnötig ist, wird heute morgen in einer letzten Note der Reichsregierung nochmals auf diese Sachlage hingewiesen. Der Wortlaut dieser Note ist zur Stunde noch nicht bekannt. Nach dem, was wir bisher über den Inhalt wissen, hält sich auch das neue Schriftstück an den Gedankengang der letzten Note. Sie betont, daß Deutschland nicht ohne weiteres die Zahlung überhaupt verweigere, sondern nur eine Herabsetzung der bisherigen Höhe in Verbindung mit einer Neuordnung des gesamten Reparationsproblems anstrebe. Ferner wird nochmals betont, daß Frankreich auf Grund des Friedensvertrages keinerlei Recht zu irgendwelchen einseitigen Sanktionen habe, vor allen Dingen nicht zu solchen vor dem 15. August.

Allerdings, nach einigen Meldungen soll sich in der Note auch ein Passus befinden, in dem die deutsche Regierung doch noch bestimmter als in den letzten beiden Noten von „Zahlungen in den Grenzen der Möglichkeit" spricht. Man muß die Kritik an diesem Ausdruck zurückstellen, bis man ihn schwarz auf weiß sieht. So läßt sich nur sagen, daß, wenn damit ein Zugeständnis gemeint sein soll, das weitergeht als die beiden früheren Noten, große Bedenken erhoben werden müßten. Denn in Frankreich würde man das natürlich zum Anlaß benutzen, zu sagen: Man braucht nur ordentlich zu drohen, dann gibt Deutschland schon nach.

Es ist im übrigen noch ungewiß, ob die Sanktionen, die Poincaré androhte, nun wirklich sofort in Kraft treten werden oder ob man in Paris zunächst einmal das Ergebnis der Londoner Konferenz abwarten und vorläufig von einem gesonderten Vorgehen absehen wird. In Paris spricht man übrigens für diesen Fall nicht von „Sanktionen", sondern von „Retorsionen". Damit hätten wir also abermals ein neues Schlagwort im Wörterbuch der modernen Inquisitionstortur erhalten und ein neues Werkzeug für die europäische Folterkammer. Der Unterschied zwischen Sanktionen und Retorsionen ist ungefähr so groß wie der zwischen zwei Paar Daumenschrauben. Diese „Retorsionen" sollen nach französischem Plane „progressiv" angewendet werden. Das heißt: besonders raffiniert. Die Folter wird verschiedene Grade haben, ganz wie in mittelalterlichen Inquisitions- und Hexenprozessen. Man wird mit den „einfachsten" Maßregeln beginnen und bereitet anscheinlich zunächst einmal die Ausweisung von 150 Deutschen aus dem Elsaß und die Beschlagnahme ihres Vermögens vor. In steigendem Maße, je nach dem Verhalten des „Delinquenten", soll dann deutsches Privateigentum in Frankreich und im Rheinland beschlagnahmt werden. Man weiß nicht recht, ob es der französischen Regierung mit diesem Irrsinn wirklich Ernst ist; denn ein derartiges Vorgehen muß alle geregelten deutsch-französischen Handelsbeziehungen mit einem Schlage vernichten und als Präcedenzfall von den schwersten Folgen für den gesamten internationalen Handel sein. Wer wird noch Handel mit dem Ausland treiben wollen, wenn er keinen Augenblick sicher ist, daß irgendeine Regierung, die irgendeinen Streit mit der Regierung des eigenen Landes hat, einfach das Eigentum von Privatpersonen beschlagnahmt? Das sind russische Methoden! Das sind die Methoden, die in den letzten vier Jahren von den neuen Gewalthabern in Moskau angewendet wurden. Das sind die Methoden, gegen die gerade Frankreich die ganze Zeit hindurch und besonders auf den Konferenzen von Genua und dem Haag so lebhaft protestiert hat.

Es wird hart auf hart in London gehen. Poincaré ist unter allen Umständen für Lloyd George ein gefährlicherer und gewandterer Gegner als die Briands und Longues, die ihm in den letzten Jahren gegenüberstanden, und die Widerstandskraft des englischen Premiers darf ja nach den bisherigen Erfahrungen nicht allzu hoch veranschlagt werden. Poincaré versteht es, seine Pläne vorzüglich geheimzuhalten und erst im letzten Augenblick mit ihnen hervorzutreten. Das gilt sowohl für die Sanktionen, die er gegen Deutschland anwenden will, wie auch für seinen sogenannten positiven Reparationsplan, von dem in den letzten Tagen so viel die Rede war. Das Neueste, was man hört, ist, daß er Deutschland zunächst nur einen kurzfristigen Zahlungsaufschub von vier bis acht Wochen gewähren will. Deutschland müsse jedoch hierfür einwandfrei seinen guten Willen dadurch beweisen, daß es einen vollständigen Plan finanzieller Reformen, der in Paris ausgearbeitet wurde, annimmt und in die Tat umsetzt. Was enthält nun dieser Pariser Reparationsplan? Zunächst einmal, nach den letzten Pariser Telegrammen, die Abgabe von 26 Prozent des Kapitals der deutschen Industrieunternehmungen, ferner die Inbetriebnahme und sogar Abtretung der staatlichen Bergwerke und Forsten auf dem linken Rheinufer. Sollte sich Deutschland weigern, sich dieser Maßnahme zu unterwerfen, oder Schwierigkeiten machen, so würde damit nach französischer Ansicht ein absichtlicher Verstoß offen zutage liegen, und die Entente wäre dann berechtigt, Zwangsmaßnahmen im Rheinland und im Ruhrgebiet zu treffen.

So sieht das sogenannte positive Programm eines französischen Politikers aus, auf Grund dessen er die Wirtschaft Europas wieder herstellen will. Man hat nicht mehr erwartet. Die Ungeheuerlichkeit, der Wahnwitz dieses Programms, wenn es sich wirklich bestätigen sollte, bestärkt jeden vernünftig denkenden Menschen in allen Ländern Europas — und es muß immer wieder von Europa, nicht nur von Deutschland geredet werden, denn Europa ist eine Einheit, die gemeinsam lebt oder gemeinsam stirbt — in dem Eindruck der tiefsten Hoffnungslosigkeit. Die Konferenz von London wird kaum etwas Positives zustandebringen. Man hat überall den Glauben verloren, daß die Männer, die jetzt die Geschicke dieses Erdteiles leiten, irgend etwas Brauchbares zur Lösung der Probleme des Tages beitragen könnten. Selbst wenn man ihnen volle Ehrlichkeit und guten Willen zugesteht, so muß man doch von ihnen sagen, daß sie sich wie Kinder betragen, die eine Uhr auseinander genommen haben und nun versuchen, sie mit ihren plumpen Händen wieder zusammenzusetzen. Sie leben — das gilt auch von Lloyd George, wenn er sich auch einmal anders zu stellen weiß — noch ganz in einer rein politischen Atmosphäre. Sie haben noch nicht begriffen, daß das Jahr 1922 ökonomische und nicht politische Gedankengänge erfordert. Sie machen den Eindruck von Schläfern, die vor vielen Jahren einschliefen und jetzt in einer völlig veränderten Welt, deren Problemen sie hilflos gegenüberstehen, wieder erwachen, von mittelalterlichen Priestern, die den Lauf von Dampfmaschinen und Turbinen des 20. Jahrhunderts regeln sollen. Nur so ist es verständlich, daß auch nur für einen Augenblick in ihren Gehirnen der Gedanke auftauchen konnte, mit Inquisitionsmethoden das Wiederaufbauproblem lösen zu wollen. Inquisition, Tortur und Scheiterhaufen haben das Kommen der neuen Zeit, des freien Gedankens und der freien Wissenschaft aufhalten, aber nicht hindern können. Aber sie haben das unabwendbare Kommen der neuen Zeit für Europa unendlich qualvoll gestaltet, Not, Leid und Elend über Millionen von Menschen in allen Ländern gebracht, unendliche, nutzlose Kriege entzündet und zahllose Werte verschleudert. Die modernen Inquisitoren und ihre Folterknechte werden es trotz aller Brutalität und trotz allem Raffinement nicht hindern können, daß sich die wirtschaftlichen Tatsachen am Ende doch durchsetzen. Aber der Fluch von ein oder zwei Generationen europäischer Menschen wird auf die Menschen fallen, deren Widerstand gegen die ewigen Gesetze des Lebens die Völker zum Tode verurteilt. Unbeweglich und verständnislos stehen die Staatsmänner des Westens im Gespensterlicht der Scheiterhaufen, die sie anzündeten, und deren Feuer die ganze Erde zu erfassen droht. Auch sie und alle, die ihnen halfen.

Th. Sch.

Der Bericht des Garantiekomitees endlich fertig

Paris, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Garantiekomitee will seinen Bericht über die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission spätestens morgen in seiner Gesamtheit vorlegen. Es soll bereits der größte Teil des Dokumentes der Kommission zur Kenntnis gebracht sein. Sobald die letzten fehlenden Seiten in ihren Händen sein wird, geht der ganze Bericht an die beteiligten Regierungen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19220806/1